

Martin H. W. Möllers

Öffentliche Sicherheit und Gesellschaft

Politische Debatten seit 9/11

5., überarbeitete und erweiterte Auflage

Jahrbuch Öffentliche Sicherheit – Sonderband 9

ISBN 978-3-86676-624-2

© Urheberrecht und Copyright: 2020 Verlag für Polizeiwissenschaft,
Prof. Dr. Clemens Lorei, Frankfurt 2020

Vorbemerkung

Der 11. September 2001 in den USA bildet auch zehn Jahre später für die Gesellschaft eine Zäsur. Die Anschläge von 9/11 lassen in ihrer Dimension diejenigen Eingriffe in die öffentliche Sicherheit verblassen, die sich durch den linksextremistischen Terror der RAF in den 1970er und 1980er Jahren unmittelbar in Deutschland selbst ereigneten.

Während der Terroranschlag einer „islamistischen“ Gruppe auf die USA erfolgte und eine Intervention der westlichen Verbündeten¹ unter deutscher Beteiligung in Afghanistan auslöste, bedrohten in Deutschland vor allem rechtsextremistische Gruppierungen die öffentliche Sicherheit durch gewalttätige Aktionen gegen Ausländer und Minderheiten. Sie brüsteten sich mit der Errichtung von sog. „national befreiten Zonen“ und verbreiteten als Kampfmittel der Politik „Furcht und Schrecken“. Dies ist – im Sinne Robbespieres – ebenfalls als „Terror“ zu bewerten und bewirkte ein Parteiverbotsverfahren gegen die neonazistische NPD vor dem Bundesverfassungsgericht nach Art. 21 GG. Das Parteiverbot fand allerdings aufgrund der V-Leute-Problematik, die dem „Staatsfreiheitsgebot“ zuwiderlief, keine notwendige qualifizierte Mehrheit.²

Pseudoreligiöser „islamistischer“ Terrorismus und nazistisch aufgeladener Rechtsextremismus erscheinen ohnehin nur als „Spielarten“ des Phänomens sog. „politischer Religionen“, zu denen außerdem noch der Linksextremismus/Marxismus zu zählen wäre. Es handelt sich dabei um „weltliche“ Heilslehren, die in einer Art „Religionsersatz“ oder auch „Pseudoreligion“ auf „Erlösung“ nicht erst im Jenseits, sondern im Diesseits zielen.³ Grundlage ist bei sämtlichen Extremisten die Vorstellung, die Welt von allen „Übeln“ zu befreien, indem sie den auserkorenen Feind zu dem „Bösen“ schlechthin machen und ihn physisch vernichten wollen. So verstanden geht es sowohl bei Al Qaida

1 Vgl. Beck, Thomas, USA und Deutschland: neue Ansätze im Transatlantischen Verhältnis nach dem 11. September; in: van Ooyen, Robert Chr. / Möllers, Martin H. W. (Hrsg.), Öffentliche Sicherheit auf dem Prüfstand: 11. September und NPD-Verbot, Frankfurt/M. 2002, S. 37-56.

2 Vgl. dazu Bull, Hans Peter: Verfehltes Verfahren, Niederlage der abwehrbereiten Demokratie oder Sieg der Toleranz? – Zur Einstellung des NPD-Verbotsverfahrens; in: Möllers, Martin H. W. / van Ooyen, Robert Chr.: Parteiverbotsverfahren. Mit Gastbeiträgen von Hans Peter Bull und Christoph Gusy, 5. Aufl., Frankfurt/M. 2017, S. 81-102.

3 So die These von Eric Voegelin in seiner schon 1938 grundsätzlich entwickelten Totalitarismustheorie, die zurzeit wieder breiter rezipiert wird. Vgl. Voegelin, Eric: Die politischen Religionen, 2. Aufl., München 1996; hierzu m. w. N. van Ooyen, Robert Chr.: Totalitarismustheorie gegen Kelsen und Schmitt: Eric Voegelins „politische Religionen“ als Kritik an Rechtspositivismus und politischer Theologie; in: ZfP, 1/2002, S. 56 ff.

Vorbemerkung

als auch der NPD und seit Neuerem bei populistischen Gruppierungen und Parteien – trotz aller inhaltlich ideologischen Verschiedenheit – um „politische Theologie“. Diese erscheint als „Fundamentalismus“⁴ oder Terrorismus, der mal „islamistisch“, mal – wie den Sicherheitsbehörden erst im Jahre 2011 bewusst wurde – „rechtsextremistisch“ oder mal „linksextremistisch“ ausgeprägt ist. Vor letzterem warnen nicht nur die Sicherheitsbehörden permanent, links-extremistischer Terrorismus zeigt sich auch durch die Briefbomben der italienischen Anarchistengruppe FAI,⁵ die diese in verschiedene Länder der Europäischen Union versandte⁶, sowie die jüngsten Krawalle mit unsäglichem Zerstörungswut und Plünderungen im Schanzenviertel Hamburgs anlässlich des G20-Gipfels im Juli 2017.⁷

In Deutschland macht den Sicherheitsbehörden vor allem der islamistisch geprägte internationale Terrorismus Sorge, während sie bis 2011 rechten Terror eher als Kriminalität einzelner Personen abtat, bis schließlich durch den Suizid von zwei Terroristen aus der rechtsextremistischen Szene bekannt wurde, dass zahlreiche, minutiös geplante Anschläge vor allem gegen Ausländerinnen und Ausländer mit zahlreichen Todesopfern jahrelang unentdeckt geblieben sind. Die Verbindungen der Terrorzelle, die bundesweit Tathelfer hatte, reichten bis in die Parteispitze der NPD, sodass ein erneutes Parteiverbotsverfahren gegen die NPD von den Innenministern in Bund und Ländern im Dezember 2011 beschlossen wurde.⁸

Die NPD hatte in der Zwischenzeit vermehrt Demonstrationen veranstaltet, in denen sie sich entweder an für Rechtsextremisten symbolträchtigen Orten⁹ – wie zum Beispiel am Grab des Nationalsozialisten Rudolf Heß in Wunsiedel von August 2005 – oder zu symbolträchtigen Ereignissen – wie etwa die in

4 Vgl. Jaschke, Hans-Gerd: Fundamentalismus in Deutschland, Gottesstreiter und politische Extremisten bedrohen die Gesellschaft, Hamburg 1998.

5 S. Kleinjung, Tilmann: Anarchisten-Gruppe FAI: Extrem, gewaltbereit, vernetzt; in: tageschau.de vom 9.12.2011; <http://www.tagesschau.de/inland/ackermann228.html> (Abruf: 10.12.2011).

6 Die rechtsextremistische „politische Theorie“ von „Freund-Feind“ des Carl Schmitt war nicht zufällig, sondern vielmehr ausdrücklich als „politische Theologie“ konzipiert; vgl. Schmitt, Carl: Der Begriff des Politischen, 6. Aufl., Berlin 1996 und Schmitt, Carl: Politische Theologie. Vier Kapitel zur Lehre von der Souveränität, 7. Aufl., Berlin 1996.

7 Augstein, Jakob: G20-Ausschreitungen: Das Tabu der Gewalt; in: Spiegel online vom 17.7.2017; <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/g20-ausschreitungen-das-tabu-der-gewalt-a-1158289.html> (Abruf: 19.7.2017).

8 Steffen, Tilmann: Innenministerkonferenz: NPD verbieten, aber wie?; in: Zeit online vom 7.12.2011; <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2011-12/npd-verbot-innenminister> (Abruf: 19.7.2017).

9 Vgl. dazu Lehmann, Jens: Der Schutz symbolträchtiger Orte vor extremistischen Versammlungen. Sicherheit und Gesellschaft Band 4, Baden-Baden 2012.

Bielefeld vom 27. Januar bis zum 17. März 2002 gezeigte Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941-1944“ – zusammenfand und den Staat gegen sich aufbrachte.

Parallel zu den Maßnahmen gegen den Terrorismus wurde auch permanent nach Veränderungen in der Sicherheitsarchitektur gesucht, um noch mehr Effizienz und Synergieeffekte aus dem vorhandenen Apparat herauszuholen. Zum Beispiel wurde nach der Einsetzung der Projektgruppe „Neuorganisation der Bundespolizei“ in den Jahren 2006 und 2007, die zu umfangreichen Reformen führte, 2010 die sog. Werthebach-Kommission eingesetzt, um „die bestehenden Aufgaben und Zuständigkeiten der Sicherheitsbehörden in Bund und Ländern unter Wahrung der bewährten föderalen Sicherheitsarchitektur [zu] evaluieren.“¹⁰

Die Ankunft von Flüchtlingen führte in Dresden seit Ende Oktober 2014 dazu, dass tausende Menschen, in den Medien euphemistisch als „Mut-“ oder „Wut-Bürger“ betitelt, mithilfe rechtspopulistischer Organisationen und Parteien auf die Straße ging, um in Versammlungen ihre fremdenfeindlichen Parolen herauszuschreien und Politikern offen mit dem „Galgen“ zu drohen, sodass nach rechtlichen Möglichkeiten zur Eindämmung solcher Veranstaltungen gesucht wurde, weil die Polizei am Ende ihrer Kräfte schien.¹¹

In diesem Sonderband werden frühere Ereignisse untersucht, die sicherheitspolitische Debatten auslösten. Die vorliegenden Aufsätze aus den Jahren 2002-2017 entstanden nicht zuletzt aufgrund dieser Vorkommnisse und der weiteren sicherheitspolitischen Maßnahmen in ihrer Folge.

Ereignisse im Zusammenhang mit der „politischen Theologie“ von Islamisten¹² und Rechtsextremisten¹³ ließen die Politik, die Sicherheitsbehörden sowie die Wissenschaft gemeinsam nach Antworten auf den internationalen Terrorismus suchen. Auch andere Ereignisse lösten ein großes Medien-Echo

10 Wachstum. Bildung. Zusammenhalt. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP, 17. Legislaturperiode, 26. Oktober 2009, S. 98.

11 Vgl. Die Welt online: Pegida stellt Galgen für Merkel und Gabriel auf, vom 13.10.2015, <http://www.welt.de/politik/article147522680/Pegida-stellt-Galgen-fuer-Merkel-und-Gabriel-auf.html> (Abruf: 19.7.2017).

12 Ende Juli 2006 wurden in Dortmund und Koblenz in zwei Regionalexpresszügen Kofferbomben entdeckt. S. dazu den Beitrag: „Antworten auf den internationalen Terrorismus – Gewährleistung der Inneren Sicherheit durch Bund und Länder“ – Tagungsbericht.

13 2003 stellte das Bundesverfassungsgericht ein Parteiverbotsverfahren gegen die NPD ein. S. dazu den Beitrag: Keine Freiheit den Feinden der Freiheit – Instrumente wehrhafter Demokratie in der Praxis.

aus, unerheblich ob sie einen kriminellen Hintergrund hatten, wie die Kindesentführung und Ermordung eines elf-jährigen Bankierssohns¹⁴ oder ob sie oberflächlich betrachtet gar keinen Bezug zur öffentlichen Sicherheit herleiten, wie die Veröffentlichung der PISA-Studie. Die Ergebnisse der PISA-Studie kurz nach 9/11 führten in den Sicherheitsbehörden zu Diskussionen über die Lesekompetenz als Schlüsselqualifikation für den Polizeiberuf.¹⁵ Sie waren nur ein Anlass von vielen, die Evaluation und Neuorganisation der Sicherheitsbehörden zu fordern. Das Bundesverfassungsgericht versuchte gleichzeitig in verschiedenen Urteilen und Beschlüssen, den Sicherheitsbehörden mit dem Ziel der Wahrung der Grundrechte Entscheidungshilfen etwa zum Versammlungsverbot an die Hand zu geben.¹⁶ Einer der „Höhepunkte“ des Versuchs die Sicherheitsarchitektur zu verändern, war die Empfehlung der Werthebach-Kommission, Bundespolizei und Bundeskriminalamt sowie möglichst zudem noch Teile des Zolls¹⁷ fusionieren zu lassen. Diese Vorschläge stießen auf heftigen Widerstand bei allen Beteiligten, der über die Medien ausgetragen wurde.¹⁸ Die Ankunft der Flüchtlinge brachte eine neue politische Debatte, die offen über die Medien ausgetragen wurde, weil eine „Demonstrationskultur“ mit allen negativen Facetten entstand, welche die Polizei nicht mehr zu bewältigen schien.¹⁹

Martin H. W. Möllers

Heringsdorf in Holstein, im März 2020

-
- 14 Im Oktober 2002 wurde dem Kindesentführer Schmerzzufügung angedroht und ihm dafür von einem Gericht 2011 ein Schmerzensgeld in Höhe von 3.000 € zugesprochen (vgl. Brenner, Jochen: Gericht spricht Kindermörder Gäfgen Entschädigung zu; in: Spiegel online vom 4.8.2011; <http://www.spiegel.de/panorama/justiz/0,1518,778343,00.html> [Abruf: 18.7.2017]). S. in diesem Band den Beitrag: Die Diskussion über die Menschenwürde und das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum ‚Großen Lauschangriff‘ ab S. 45.
- 15 Ende 2001 wurden die ersten PISA-Ergebnisse bekannt, die Deutschlands Schülerinnen und Schüler in ein schlechtes Licht rückten, sodass die Ergebnisse als „Bildungs-Schock“ wahrgenommen wurden. S. dazu den Beitrag: PISA und Polizei – Zur Lesekompetenz im Fachhochschulstudium als Schlüsselqualifikation für den Polizeiberuf.
- 16 Vgl. dazu Gerlach, Julia: Vereinsverbotspraxis der streitbaren Demokratie: Verbieten oder Nicht-Verbieten? Extremismus und Demokratie Band 22, Baden-Baden 2012.
- 17 Zum Beispiel das Zollkriminalamt.
- 18 Vgl. Maurer, Albrecht: Top oder Flop? Werthebach-Kommission und neue Sicherheitsarchitektur, in: Bürgerrechte & Polizei/CILIP 98 (1/2011), S. 64-73.
- 19 Vgl. Locke, Stefan: Sächsische Polizei: Am Ende der Kräfte; in: FAZ-Online vom 30.8.2015, <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/ueberforderung-polizei-in-sachsen-kommt-an-ihre-grenzen-13777017.html> (Abruf: 18.7.2017); Breitenhuber, Amelie: Überfordert und unterbesetzt. Gefährlicher Trend: Immer mehr Polizisten melden sich krank; in: Focus-online vom 3.9.2015, http://www.focus.de/politik/deutschland/ueberfordert-und-unterbesetzt-gefaehrliche-r-trend-immer-mehr-polizisten-melden-sich-krank_id_4920670.html (Abruf: 19.7.2017).